



Projektbericht

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Zweites Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes sowie Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 16/3968

Drucksache 16/3964

Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für
Kommunalpolitik des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 15. Oktober 2013

Impressum

Vorstand des RWI

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Präsident)

Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)

Prof. Dr. Wim Kösters

Verwaltungsrat

Dr. Eberhard Heinke (Vorsitzender);

Manfred Breuer; Reinhold Schulte (stellv. Vorsitzende);

Dr. Hans Georg Fabritius; Prof. Dr. Justus Haucap; Hans Jürgen Kerkhoff;

Dr. Thomas Köster; Dr. Thomas A. Lange; Martin Lehmann-Stanislawski;

Hans Martz; Andreas Meyer-Lauber; Hermann Rappen; Reinhard Schulz;

Dr. Michael N. Wappelhorst

Forschungsbeirat

Prof. Michael C. Burda, Ph.D.; Prof. Dr. Lars P. Feld; Prof. Dr. Stefan Felder;

Prof. Nicola Fuchs-Schündeln, Ph.D.; Prof. Timo Goeschl, Ph.D.; Prof. Dr. Justus

Haucap; Prof. Dr. Kai Konrad; Prof. Dr. Wolfgang Leininger; Prof. Regina T.

Riphahn, Ph.D.

Ehrenmitglieder des RWI

Heinrich Frommknecht; Prof. Dr. Paul Klemmer †; Dr. Dietmar Kuhn

RWI Projektbericht

Herausgeber:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen, Germany

Phone +49 201-81 49-0, Fax +49 201-81 49-200, e-mail: rwi@rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2013

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

**Zweites Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes
sowie Antrag der Fraktion der FDP**

Drucksache 16/3968, Drucksache 16/3964

Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Kommunalpolitik des Landtags
Nordrhein-Westfalen am 15. Oktober 2013

Ansprechpartner: Hermann Rappen

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

**Zweites Gesetz zur Änderung
des Stärkungspaktgesetzes
sowie Antrag der Fraktion der FDP**

Drucksache 16/3968

Drucksache 16/3964

Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für
Kommunalpolitik des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 15. Oktober 2013

Projektbericht

Ansprechpartner:

Hermann Rappen

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

1. Abundanzumlage als Instrument zur Erhebung kommunaler Finanzierungsbeiträge

Es ist unbestritten, dass die kommunale Finanzlage vieler nordrhein-westfälischer Kommunen prekär ist. Manche Kommunen dürften ohne finanzielle Unterstützung, ihre finanzwirtschaftlichen Probleme nicht mehr in den Griff bekommen (Rapen 2013a). Das Land stellt deshalb im Rahmen des Stärkungspakts Konsolidierungshilfen bereit. Diese werden allein mit Blick auf die Haushaltsnotlage der jeweiligen Kommune gewährt, aber ohne Berücksichtigung von deren Ursachen und der bestehenden Verantwortlichkeiten.

Das Land sieht sich allerdings auf Grund seiner eigenen angespannten Finanzlage nicht in der Lage, die für den Stärkungspakt benötigten Mittel alleine aufzubringen. Es gehörte daher von Anfang zu dessen Konzept, dass ein Teil der Hilfen von der kommunalen Familie selbst aufgebracht werden soll. Dies geschieht seit 2012 durch eine Befrachtung des kommunalen Finanzausgleichs mit 115 Mill. € jährlich, ab 2014 soll zusätzlich eine sog. Solidaritätsumlage in Höhe von 181,6 Mill. € erhoben werden, die finanztechnisch als Abundanzumlage ausgestaltet ist. Die Umlage soll sicherstellen, dass auch diejenigen Kommunen einen Finanzierungsbeitrag leisten, die keine Schlüsselzuweisungen aus dem Finanzausgleich erhalten. Umlagepflichtig sollen diejenigen Kommunen sein, die im jeweiligen Ausgleichsjahr abundant sind und es darüber hinaus in mindestens zwei der vier vorangegangenen Jahre waren. Anzahl und Zusammensetzung der umlagepflichtigen Gemeinden kann sich damit von Jahr zu Jahr verändern. Da zugleich die aufzubringende Summe fixiert ist, kann der Umlagesatz in Abhängigkeit von der jährlichen über den Finanzbedarf hinausgehenden Steuerkraft (sog. überschüssige Steuerkraft), die gemäß der genannten Kriterien in den einzelnen Jahren erfasst wird. Aus diesem Grunde wird eine Abschöpfungsquote von maximal 50% festgelegt.

Das nordrhein-westfälische Modell der Abundanzumlage stellt insoweit eine Besonderheit im Ländervergleich dar, als sie der Finanzierung kommunaler Entschuldungs- oder Konsolidierungshilfen dient. Niedersachsen z.B. erhebt zur Finanzierung der Entschuldungshilfen zusätzlich eine Finanzkraftumlage, die alle Gemeinden einbezieht. Der kommunale Finanzierungsbeitrag wird gemäß des lokalen Anteils an der landesweiten kommunalen Finanzkraft¹ nach Finanzausgleich verteilt. Andere Länder kürzen die Schlüsselmasse des Finanzausgleichs (Vorwegabzüge). Abundanzumlagen sind dagegen ein Instrument eines allgemeinen interkom-

¹ Die Finanzkraft setzt sich zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich 90% der Schlüsselzuweisungen abzüglich 90% der geleisteten Finanzausgleichsumlage.

munalen Finanzausgleichs.² Dabei wird –bis auf Rheinland-Pfalz– die sog. überschüssige Steuerkraft als Bemessungsgrundlage verwendet. Rheinland-Pfalz stellt auf die Steuerkraft ab. Dabei setzt die Umlagepflicht in Mecklenburg-Vorpommern erst ein, wenn die Steuerkraft den Finanzbedarf um 15% übersteigt. Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern verwenden einen einheitlichen Umlagesatz von 20 bzw. 30%; Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gestalten die Umlagesätze progressiv. Sachsen steigert die Umlagesätze mit der Dauer der Abundanz auf maximal 50% ab dem dritten Jahr.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob eine Abundanzumlage allgemein und in der geplanten Ausgestaltung in Nordrhein-Westfalen das geeignete Instrument ist, um einen kommunalen Finanzierungsbeitrag für den Stärkungspakt zu erheben. Dies gilt umso mehr, als das Land die Umlage als befristete Maßnahme mit dem Stärkungspaktgesetz verknüpft und diese bewusst außerhalb des Gemeindefinanzierungsgesetzes ansiedelt. Zunächst werden im Folgenden einige grundsätzlichen Probleme des geplanten Kommunal-Soli erörtert, bevor auf die finanzwirtschaftlichen Folgewirkungen der Umlage eingegangen wird. Abschließend wird eine allgemeine Finanzkraftumlage als Alternative diskutiert.

2. Grundsätzliche Probleme des Kommunal-Soli

Das Land ist verpflichtet, den Kommunen im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit eine finanzielle Mindestausstattung zur Verfügung zu stellen. Dies geschieht über den kommunalen Finanzausgleich, der die kommunale Finanzmasse aufstockt und zugleich einen horizontalen Ausgleich bewirkt. Die Verfassungsgerichte verschiedener Länder stimmen darin überein, dass die Mittel hierfür nicht alleine aus den Mitteln des Landes kommen muss, sondern zu diesem Zweck auch kommunale Steuereinnahmen abgeschöpft werden können (Obermann 2012: 292).

Die Verfassungsgerichte lassen dabei erstaunlicherweise außer Acht, dass die kommunale Finanzierung sich primär auf das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz³ stützt. Gebühren knüpfen an der individuellen Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen an; Beiträge, die Realsteuern und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuern folgen einer gruppenmäßigen Äquivalenz. Eine Abundanzumlage, wie sie im Gesetzentwurf der Landesregierung vorgesehen ist, ist vor diesem Hintergrund

² Dies gilt für Baden-Württemberg, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. In Sachsen-Anhalt wurde die Finanzausgleichsumlage aus verfassungsrechtlichen Gründen ausgesetzt; in Schleswig⁻³ Das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz besagt, dass der Kreis der Nutzer und Zahler überstimmen muss.

³ Das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz besagt, dass der Kreis der Nutzer und Zahler überstimmen muss.

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

fragwürdig. Sie zwingt die abundanten Gemeinden dazu, bei unveränderter Steuerbelastung ihre Leistungen einzuschränken oder die Hebesätze anzuheben. Dies widerspricht aber dem Grundsatz einer äquivalenzorientierten Finanzierung auf kommunaler Ebene, denn letztlich werden durch die Abundanzumlage die kommunalen Steuerzahler abgeschöpft. Es ist insoweit auch nicht zutreffend, wenn es in dem Gesetzentwurf heißt, dass die Maßnahme keine finanziellen Auswirkungen auf private Haushalte und Unternehmen hat.

Darüber hinaus ist zu fragen, ob die sog. überschüssige Steuerkraft überhaupt eine geeignete Bemessungsgrundlage für eine Umlagegrundlage darstellt. Der kommunale Finanzbedarf bzw. die Ausgleichsmesszahl werden als Indikatoren für die notwendigen Ausgaben angesehen, denen eine angemessene Finanzausstattung gegenüberzustellen ist. Die Ausgleichsmesszahl selbst wird wesentlich von der Finanzausgleichsmasse bestimmt, denn sie ist das Produkt aus dem Grundbetrag, eine rein rechnerische Größe, die die Ausschöpfung der Finanzausgleichsmasse sicherstellen soll, und der (veredelten) Einwohnerzahl als abstrakter Bedarfsmaßstab. Die Zahl der abundanten Gemeinden hängt damit letztlich von der Höhe der Schlüsselmasse und des Grundbetrags ab.

Diskutiert wird immer wieder die Frage, ob im kommunalen Finanzausgleich die tatsächlichen Steuereinnahmen oder die normierte Steuerkraft anzusetzen sind. Dieses Problem gewinnt mit Blick auf die Abundanzumlage an Schärfe, da diese auf die überschüssige Steuerkraft abstellt. Gemeinden mit niedrigeren als den nivellierten Hebesätzen werden damit stärker abgeschöpft, als Gemeinden mit höheren Hebesätzen. Für die Anwendung nivellierter Hebesätze spricht allerdings, dass strategisches Verhalten ausgeschlossen werden soll. Umso wichtiger wäre es, die weiteren kommunalen Umlagen⁴ (Kreisumlagen, Umlagen der Landschaftsverbände) mit in die Betrachtung einzubeziehen, da ihnen die Steuerkraftmesszahl als Teil der Bemessungsgrundlage zu Grunde liegt. Die Kumulation verschiedener Umlagen kann nämlich zu einer übermäßigen Abschöpfung der tatsächlichen Steuereinnahmen führen. Die Landesregierung argumentiert hier gegen eine umlagewirksame Ausgestaltung mit dem Argument, dass die verringerten Umlagegrundlagen durch höhere Umlagesätze kompensiert würden. Entgegen der Annahme der Landesregierung würden die Solidaritätsumlagezahler dennoch entlastet, denn ihre relative Position zu den anderen Gemeinden änderte sich. Außer der Gewerbesteuerumlage sollten deshalb auch die anderen Umlagen als steuerkraftmindernd berücksichtigt werden. Die geplante Regelung des § 2 Absatz 7 Stärkungspaktgesetzes, die eine maximale Abschöpfung der Finanzkraft durch Solidaritätsumlage und allgemeine

⁴ Die Gewerbesteuerumlage wird bei Ermittlung der normierten Steuerkraft abgesetzt.

Kreisumlage auf 90% vorsieht⁵, ist komplex und löst das Problem der kumulativen Belastungswirkungen nicht zufriedenstellend.

Ein weiteres, grundsätzliches Problem ergibt sich aus den zahlreichen kommunalen Auslagerungen und den Erträgen aus der kommunalen Wirtschaftstätigkeit. Von den Einzahlungen in 2011 entfielen zwar nur 0,9% auf Gewinnanteile von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen. Es bestehen aber erhebliche Verflechtungen zwischen der kommunalen Kernverwaltung, den kommunalen Eigenbetrieben und Eigengesellschaften sowie den Anstalten öffentlichen Rechts. So werden sog. Cash Pools geschaffen, um Liquiditätsüberschüsse und -defizite innerhalb des städtischen Konzerns auszugleichen; die Kommunen verschulden sich, um ihren Unternehmen kostengünstige Darlehen zur Verfügung stellen zu können. Kommunale Aufgaben, Einnahmen und Ausgaben, Personal sowie Schulden werden auf Eigenbetriebe, Anstalten öffentlichen Rechts und Eigengesellschaften ausgelagert. Das Neue kommunale Finanzmanagement fordert deshalb von den Städten nicht ohne Grund die Erstellung einer Konzernbilanz. Das Stärkungspaktgesetz selbst verlangt von den teilnehmenden Gemeinden, dass das kommunale Vermögen einen Konsolidierungsbeitrag leisten soll (§6 Absatz 2 Nr. 3). Dies kann in vielfältigen Formen geschehen, z.B. durch höhere Ausschüttungen oder durch die Übernahme von kommunalen Aufgaben (Rappen 2013b). Die überschüssige Finanzkraft erweist sich auch vor diesem Hintergrund als wenig geeigneter Indikator kommunaler Leistungsfähigkeit. Dieses Problem kann aber nicht kurzfristig gelöst werden, allein schon deshalb, weil man erst seit kurzem damit begonnen hat, hier bestehende Informationslücken systematisch zu schließen.

3. Finanzwirtschaftliche Folgeprobleme der Abundanzumlage

Ein Problem der Abundanzumlage ist wie bereits oben ausgeführt, dass das Umlagevolumen fix ist, während sich die Bemessungsgrundlage in Abhängigkeit von der Zusammensetzung der Gruppe und der gesamt- wie regionalwirtschaftlichen Entwicklung verändert. Es ist also davon auszugehen, dass sich die Zusammensetzung der umlagepflichtigen Gemeinden bis 2020 ändern wird. Hätte man dies Regeln des Stärkungspaktes ab 2008 angewendet, so hätte der Kreis der abundanten Gemeinden von 35 (2008) auf 60 (2014) zugenommen (Schaubild 1). Insgesamt wären 81 Kommunen von der Umlage einmal oder mehrmals erfasst worden. Davon wären 35 Gemeinden sechs bzw. sieben Jahre umlagepflichtig gewesen, aber immerhin 24 nur in einem oder in zwei Jahren (Schaubild 2). Das Innenministerium kommt in

⁵ Ein Ausgleichsanspruch entsteht nur, wenn in drei aufeinanderfolgenden Jahren die Grenze überschritten wird.

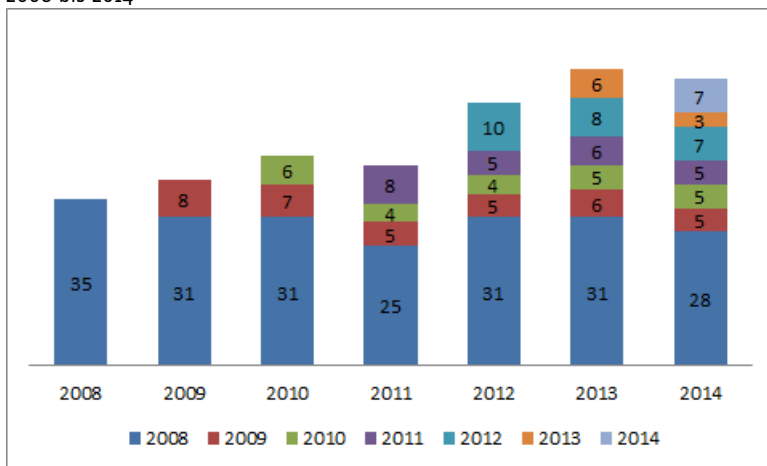
Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

Modellberechnungen zu dem Ergebnis, dass sich der Umlagesatz in 2013 auf 34,5% belaufen hätte. Dies sind immerhin neun Prozentpunkte mehr als für 2014 angesetzt werden. Die Umlagepflicht ist damit für eine Reihe von Kommunen nur schwer kalkulierbar; die Höhe des zukünftigen Umlagesatzes für alle potenziell und tatsächlich Betroffenen nicht vorhersehbar. Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht nicht umsonst einen Umlagesatz von bis zu 50% vor. Ein solcher Umlagesatz wäre aber überhaupt nicht zu rechtfertigen.

Schaubild 1

Fiktive Entwicklung der umlagepflichtigen Gemeinden

2008 bis 2014



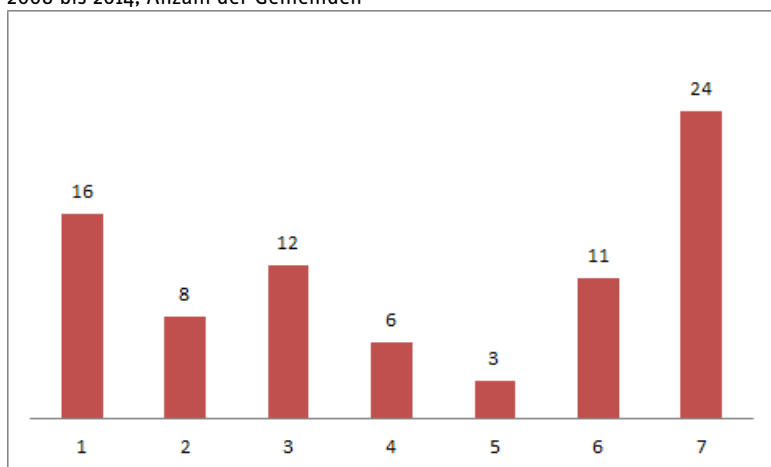
Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Ministerium für Inneres und Kommunales NRW.

Zweifel am Konzept kommen auf, wenn man sich die Zusammensetzung der 60 Kommunen ansieht, die einen Solidaritätsbeitrag in Höhe von zurzeit 23,47% der jeweiligen überschüssigen Steuerkraft leisten sollen. So befinden sich 18 der 60 Gemeinden selbst in der Haushaltssicherung befinden: 16 mit einem genehmigten Haushaltssicherungskonzept, zwei mit einem nicht genehmigten (s. Anhang, Übersicht A1). Die Hälfte der Gemeinden, die sich in der Haushaltssicherung befinden, sieht sich zudem schwierigen sozioökonomischen Rahmenbedingungen gegenüber: Es handelt sich im Sinne des Bundesamtes für Raumforschung um schrumpfende Gemeinden, die u.a. durch überdurchschnittliche Bevölkerungsverluste und überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten gekennzeichnet sind. Diese Gruppe soll immerhin 8,8% des Umlagevolumens aufbringen, obwohl sie selbst unter erheblichen strukturellen Problemen leiden. Kritisch zu sehen ist auch, dass es vor allem

die größeren Kleinstädte (10 000 b. u. 20 000 Einwohner) und die kleineren Mittelstädte (20 000 b. u. 50 000 Einwohner) sind, die die Umlage finanzieren. Sie erbringen zwei Drittel des Volumens auf; ein Viertel entfällt allerdings alleine auf die Stadt Monheim am Rhein. Dagegen entfallen 70% des Volumens der geleisteten Konsolidierungshilfen auf kreisfreie Städte.

Schaubild 2

Dauer der Zugehörigkeit zum fiktiven Kreis der umlagepflichtigen Gemeinden
2008 bis 2014; Anzahl der Gemeinden



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Ministerium für Inneres und Kommunales NRW.

Die Abundanzumlage führt zudem zu einer Änderung der Finanzkraftreihenfolge, wie sie sich nach dem kommunalen Finanzausgleich ergibt. Für 5 von den 60 abundanten Gemeinden ändert sich die Finanzkraftreihenfolge nicht, 4 verbessern ihre relative Position, in 51 Fällen verringert sich nicht nur die Finanzkraft, sondern es verschlechtert sich auch die relative Position (Übersicht 1). Beispielhaft sei hier Hilchenbach angeführt: Es verfügt vor Solidaritätsumlage über 1 700 € je Einwohner, danach nur noch über 1 548 € je Einwohner. Damit rutscht Hilchenbach von Rang 17 auf Rang 26 in der Reihenfolge. Dass die relative Position von Gemeinden geändert wird, ist vermutlich auch unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten fragwürdig (Obermann 2012).

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

Übersicht 1

Solidaritätsumlage und Veränderung der Finanzkraftreihenfolge

Stadt/Gemeinde	Finanzkraftreihenfolge	Stadt/Gemeinde	Finanzkraftreihenfolge
Alpen	↓	Langenfeld (Rhld.)	↓
Altenberge	↓	Meckenheim	↓
Attendorn	↓	Meerbusch	↓
Bad Honnef	↓	Meinerzhagen	↓
Blomberg	↑	Monheim am Rhein	→
Burbach	→	Neuenkirchen	↓
Drolshagen	↓	Neuenrade	↓
Düsseldorf	↓	Neuss	↑
Ennepetal	↑	Odenthal	↓
Ense	↓	Oelde	↓
Erndtebrück	↓	Olsberg	↓
Erwitte	↓	Plettenberg	↓
Espelkamp	↓	Ratingen	↓
Everswinkel	↓	Rheda-Wiedenbrück	↓
Frechen	↓	Rietberg	↓
Grevenbroich	↓	Rödinghausen	↓
Gronau	↓	Roetgen	↓
Haan	↓	Schalksmühle	↓
Halle	↓	Schloß Holte-Stukenbrock	↓
Harsewinkel	↓	Sendenhorst	↓
Heek	↓	Steinhagen	↓
Herzebrock-Clarholz	↓	Straelen	→
Hilchenbach	↓	Verl	→
Hilden	↓	Wachtendonk	↓
Inden	↑	Wenden	↓
Kempen	→	Wermelskirchen	↓
Kirchhundem	↓	Wetter (Ruhr)	↓
Kirchlengern	↓	Wiehl	↓
Kreuztal	↓	Willich	↓
Langenberg	↓	Wilnsdorf	↓

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW.

Übersicht 2

Gewerbesteuerhebesätze in den abundanten Gemeinden 2013

Hebesatz > 413	Hebesatz ≈ 412	Hebesatz < 411
<ul style="list-style-type: none"> • Hebesatz < 430 • Alpen (417) • Bad Honnef (421) • Blomberg (420) • Erndtebrück (425) • Neunkirchen (419) • Odenthal (424) • Roetgen (426) • Wiehl (420) • Hebesatz 430 - 440 • Burbach (430) • Drolshagen (431) • Düsseldorf (440) • Ennepetal (436) • Erwitte (437) • Inden (440) • Kempen (440) • Meckenheim (430) • Neuenrade (439) • Olsberg (435) • Schalksmühle (433) • Wermelskirchen (430) • Willich (439) • Hebesatz > 440 • Frechen (450) • Grevenbroich (450) • Meerbusch (450) • Meinerzhagen (450) • Neuss (455) • Wetter (485) • Wilnsdorf (450) 	<ul style="list-style-type: none"> • Altenberge (411) • Ense (411) • Everswinkel (411) • Hilchenbach (411) • Kirchhundem (411) • Kirchlengern (411) • Kreuztal (413) • Oelde (412) • Plettenberg (411) • Rödinghausen (411) • Sendenhorst (411) • Wachtendonk (411) • Wenden (411) 	<ul style="list-style-type: none"> • Hebesatz > 400 • Espelkamp (403) • Gronau (403) • Halle (403) • Heek (403) • Hilden (400) • Langenberg (403) • Ratingen (400) • Rheda-Wiedenbrück (403) • Rietberg (400) • Steinhagen (403) • Hebesatz < 400 • Attendorn (395) • Haan (398) • Harsewinkel (370) • Herzebrock-Clarholz (380) • Langenfeld (360) • Monheim am Rhein (300) • Schloß Holte-Stukenbrock (370) • Straelen (335) • Verl (340)

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben der Industrie- und Handelskammer Köln. – Hervorgehobene Gemeinden (fett, kursiv) befinden sich in der Haushaltssicherung (Stand 31.12.2012).

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

Sollten die Kommunen die zu leistende Solidaritätsumlage durch eine Anhebung der Realsteuerhebesätze kompensieren, durchbricht dies – wie bereits erläutert – das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz. Davon abgesehen gestaltet sich eine Steuererhöhung nicht zuletzt mit Blick auf den interkommunalen Wettbewerb als schwierig und in vielen Fällen auch kaum möglich. Knapp die Hälfte der umlagepflichtigen Gemeinden hat bereits einen Gewerbesteuerhebesatz festgelegt, der über dem nivellierten Hebesatz des kommunalen Finanzausgleichs liegt (Übersicht 2). Darunter befindet sich auch der überwiegende Teil derjenigen umlagepflichtigen Gemeinden, die sich in der Haushaltssicherung befinden.

4. Eine Alternative: Die Finanzkraftumlage

Ausgehend von dem Umstand, dass das Land nicht in der Lage ist, den Stärkungspakt alleine zu finanzieren und der berechtigten Prämisse, dass nicht alleine die Zuweisungsempfänger den kommunalen Beitrag finanzieren sollen, bietet sich eine allgemeine Finanzkraftumlage an, die alle Städte und Gemeinden einbezieht. Sie böte den Vorteil, dass zumindest die Finanzkraftreihenfolge gewahrt bliebe und der Wettbewerb unter den Kommunen weniger verzerrt würde. Nachteil aus Sicht der Stärkungspaktgemeinden wäre, dass sie einen größeren Teil der Hilfen als bislang indirekt über den Vorwegabzug im kommunalen Finanzausgleich aufbringen müssten. Dies ist aber nicht ungewöhnlich: Niedersachsen erhebt eine solche Umlage zur Finanzierung der Entschuldungshilfen. Aber auch in anderen Fällen findet man ein ähnliches Vorgehen. So versteuern Transferempfänger Transferleistungen direkt (z.B. Unternehmen als Erträge) oder indirekt (z.B. Hartz IV-Empfänger über den Konsum).

Die Belastungswirkungen einer solchen Finanzkraftumlage sind in der Anlage (Tabelle A1) dokumentiert. Variante A betrachtet eine Umlage, deren Volumen der geplanten Abundanzumlage (181,6 Mill. €) entspricht. Damit stieg der Finanzierungsanteil der Stärkungspaktgemeinden von 55 Mill. €⁶ auf 110,7 Mill. € bzw. von 18,5 auf 37,3%. Variante B unterstellt, dass die Volumina der Befragung des kommunalen Finanzausgleichs (115 Mill. €) und der geplanten Abundanzumlage (181,6 Mill. €) zusammengelegt und im Rahmen einer Finanzausgleichsumlage finanziert werden. Die Stärkungspaktgemeinden würden durch die Aufstockung der Schlüsselmasse um 55 Mill. € entlastet, zugleich aber durch die Finanzkraftumlage um 90,4 Mill. € belastet. Ihr Finanzierungsanteil beliefe sich damit auf 30,5%. Wie gesagt, dies ist mit Blick auf die Ausgestaltung öffentlicher Transferzahlungen nicht

⁶ Geschätzte Auswirkung des Vorwegabzugs auf die Schlüsselzuweisungen der Stärkungspaktgemeinden.

RWI

unüblich. Auch Niedersachsen beteiligt die unterstützten Gemeinden auf diese Art an der Finanzierung. Zu fragen wäre aber, ob mit der Kürzung der Schlüsselzuweisungen bereits die Grenzen einer vertretbaren Eigenbeteiligung der Stärkungspaktgemeinden erreicht würden. Dies unterstellt, könnte man die unterstützten Gemeinden –wie bei der geplanten Solidaritätsumlage– von der Umlage ausnehmen (Variante C auf Basis der Variante A). Das Land könnte die Stärkungspaktkommunen allerdings auch kompensieren: Gemessen an der indirekten Beteiligung der Stärkungspaktgemeinden durch den Vorwegabzug belief sich der Finanzbedarf auf 35,4 Mill. € (Variante B) bis 55,7 Mill. € (Variante A).

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

Literatur

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (2013) (Hrsg.), Solidaritätsumlage. Berechnung auf Basis der 1. Modellrechnung 2014 –vorläufig-. Düsseldorf.

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (2013) (Hrsg.), Konsolidierungshilfen nach dem Stärkungspaktgesetz. Stand 12.07.2013. Düsseldorf.

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (2013) (Hrsg.), 1. Modellrechnung Gemeindefinanzierungsgesetz 2014. Düsseldorf.

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (Hrsg.), Finanzausgleich in Nordrhein-Westfalen. Schlüsselzuweisungen der Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände 2004 bis 2013. Düsseldorf.

Landtag Nordrhein-Westfalen (2013a) (Hrsg.), Gesetzentwurf der Landesregierung. Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2014 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 – GFG 2014). Drucksache 16/3802. Düsseldorf.

Landtag Nordrhein-Westfalen (2013b) (Hrsg.), Gesetzentwurf der Landesregierung. Zweites Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktes. Drucksache 16/3968. Düsseldorf.

Obermann, H. (2012), Abundanzumlage bei „reichen“ Gemeinden als Notnagel der Kommunalfinanzierung. *Landes- und Kommunalverwaltung*, 20 (7): 289-295.

Rappen, H. (2013a), Finanzwirtschaftliche Risiken der Kommunalverschuldung. *RWI Konjunkturbericht* 64 (2):45-58.

Rappen, H. (2013b), Kommunale Wohnungsunternehmen zwischen Haushaltskonsolidierung und Aufgabenerfüllung. *InfrastrukturRecht* 10 (11), Sonderausgabe "Kommunales Infrastruktur-Management". Erscheint demnächst.

RWI

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

Anhang

Übersicht A1

Typisierung der umlagepflichtigen Städte und Gemeinden

Stadt/Gemeinde	Gemeindetyp ¹	Wachsend/ Schrumpfend ²	Haushaltsstatus ³
Alpen	Größere Kleinstadt	wachsend	fiktiv ausgeglichen
Altenberge	Größere Kleinstadt	wachsend	fiktiv ausgeglichen
Attendorn	Kleinere Mittelstadt	wachsend	fiktiv ausgeglichen
Bad Honnef	Kleinere Mittelstadt	wachsend	gen. HSK
Blomberg	Größere Kleinstadt	schrumpfend	Allgem. Rücklage
Burbach	Größere Kleinstadt	wachsend	fiktiv ausgeglichen
Drolshagen	Größere Kleinstadt	wachsend	gen. HSK
Düsseldorf	Große Großstadt	stark wachsend	fiktiv ausgeglichen
Ennepetal	Kleinere Mittelstadt	schrumpfend	gen. HSK
Ense	Größere Kleinstadt	wachsend	fiktiv ausgeglichen
Erndtebrück	Kleine Kleinstadt	schrumpfend	gen. HSK
Erwitte	Größere Kleinstadt	schrumpfend	gen. HSK
Espelkamp	Kleinere Mittelstadt	wachsend	Allgem. Rücklage
Everswinkel	Kleine Kleinstadt	wachsend	fiktiv ausgeglichen
Frechen	Kleinere Mittelstadt	stark wachsend	fiktiv ausgeglichen
Grevenbroich	Größere Mittelstadt	wachsend	nicht gen. HSK
Gronau	Kleinere Mittelstadt	wachsend	ausgegl. Haushalt
Haan	Kleinere Mittelstadt	wachsend	gen. HSK
Halle	Kleinere Mittelstadt	wachsend	fiktiv ausgeglichen
Harsewinkel	Kleinere Kleinstadt	wachsend	ausgegl. Haushalt
Heek	Kleinere Kleinstadt	schrumpfend	fiktiv ausgeglichen
Herzebrock-Clarholz	Größere Kleinstadt	schrumpfend	Allgem. Rücklage
Hilchenbach	Größere Kleinstadt	schrumpfend	gen. HSK
Hilden	Größere Mittelstadt	wachsend	ausgegl. Haushalt
Inden	Kleinere Kleinstadt	schrumpfend	gen. HSK
Kempen	Kleinere Mittelstadt	Wachsend	fiktiv ausgeglichen
Kirchhundem	Größere Kleinstadt	schrumpfend	gen. HSK
Kirchlengern	Größere Kleinstadt	wachsend	fiktiv ausgeglichen
Kreuztal	Kleinere Mittelstadt	wachsend	Allgem. Rücklage
Langenberg	Kleinere Kleinstadt	schrumpfend	fiktiv ausgeglichen
Langenfeld	Größere Mittelstadt	wachsend	fiktiv ausgeglichen

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Übersicht A1

Stadt/Gemeinde	Gemeindetyp ¹	Wachsend/ Schrumpfend ²	Haushaltsstatus ³
Meckenheim	Kleinere Mittelstadt	wachsend	Allgem. Rücklage
Meerbusch	Größere Mittelstadt	wachsend	Allgem. Rücklage
Meinerzhagen	Kleinere Mittelstadt	schrumpfend	gen. HSK
Monheim am Rhein	Kleinere Mittelstadt	stabil	ausgegl. Haushalt
Neuenrade	Größere Kleinstadt	wachsend	gen. HSK
Neunkirchen	Größere Kleinstadt	wachsend	gen. HSK
Neuss	Kleine Großstadt	schrumpfend	fiktiv ausgeglichen
Odenthal	Größere Kleinstadt	wachsend	Allgem. Rücklage
Oelde	Kleinere Mittelstadt	wachsend	Allgem. Rücklage
Olsberg	Größere Kleinstadt	schrumpfend	gen. HSK
Plettenberg	Kleinere Mittelstadt	schrumpfend	ausgegl. Haushalt
Ratingen	Größere Mittelstadt	wachsend	fiktiv ausgeglichen
Rheda-Wiedenbrück	Kleinere Mittelstadt	stark wachsend	fiktiv ausgeglichen
Rietberg	Kleinere Mittelstadt	wachsend	Allgem. Rücklage
Rödinghausen	Kleinere Kleinstadt	wachsend	fiktiv ausgeglichen
Roetgen	Kleinere Kleinstadt	wachsend	nicht gen. HSK
Schalksmühle	Größere Kleinstadt	schrumpfend	Allgem. Rücklage
Schloß Hulte-Stukenbrock	Kleinere Mittelstadt	wachsend	Allgem. Rücklage
Sendenhorst	Größere Kleinstadt	wachsend	Allgem. Rücklage
Steinhagen	Größere Kleinstadt	wachsend	fiktiv ausgeglichen
Straelen	Größere Kleinstadt	wachsend	fiktiv ausgeglichen
Verl	Kleinere Mittelstadt	wachsend	fiktiv ausgeglichen
Wachtendonk	Kleinere Kleinstadt	wachsend	fiktiv ausgeglichen
Wenden	Größere Kleinstadt	wachsend	Allgem. Rücklage
Wermelskirchen	Kleinere Mittelstadt	wachsend	gen. HSK
Wetter	Kleinere Mittelstadt	wachsend	gen. HSK
Wiehl	Kleinere Mittelstadt	wachsend	ausgegl. Haushalt
Willich	Größere Mittelstadt	wachsend	fiktiv ausgeglichen
Wilnsdorf	Kleinere Mittelstadt	wachsend	gen. HSK

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben der Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung sowie des Innenministeriums rhein-Westfalen. ¹Gemeindetypisierung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Größenklassen). ²Globalindikator der laufenden Raumbewertung der BBSR festgemacht an sechs Indikatoren: Bevölkerungsentwicklung, Gesamtwanderungssaldo, Arbeitsplatzentwicklung, Arbeitslosenquote, Realsteuerkraft,

RWI

Kaufkraft). -³Nach Angaben des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW (Stand 31.12.2012).

Tabelle A1
Solidaritätsumlage und alternative Finanzkraftumlagen im Vergleich

Stadt/Gemeinde	Solidaritäts- umlage ¹	Variante A ²	Variante B ³	Variante C ⁴
<i>Kreisfreie Städte</i>				
Düsseldorf	26 981	8 524	13 858	12 249
Duisburg		6 032	9 902	
Essen		7 456	12 214	
Krefeld		2 659	4 352	3 820
Mönchengladbach		3 107	5 085	
Mülheim an der Ruhr		1 761	2 876	2 530
Oberhausen		2 371	3 886	
Remscheid		1 151	1 877	
Solingen		1 609	2 627	
Wuppertal		4 164	6 818	
Bonn		3 408	5 561	4 897
Köln		12 945	21 128	18 602
Leverkusen		1 651	2 699	
Bottrop		1 132	1 855	
Gelsenkirchen		3 196	5 263	
Münster		3 074	5 006	4 418
Bielefeld		3 697	6 050	5 312
Bochum		4 117	6 746	5 916
Dortmund		7 380	12 105	10 605
Hagen		2 060	3 374	
Hamm		1 946	3 192	
Herne		1 751	2 877	

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Tabelle A1

Stadt/Gemeinde	Solidaritäts- umlage ¹	Variante A ²	Variante B ³	Variante C ⁴
<i>Kreis Kleve</i>				
Bedburg-Hau		89	145	128
Emmerich		253	413	364
Geldern		277	451	397
Goch		261	425	374
Issum		79	129	114
Kalkar		102	166	147
Kerken		79	129	114
Kevelaer		214	350	308
Kleve		463	757	665
Kranenburg		62	101	89
Rees		164	268	235
Rheurdt		40	65	58
Straelen	7 984	364	592	524
Udem		61	99	88
Wachtendonk	34	52	85	75
Weeze		83	136	120
<i>Kreis Mettmann</i>				
Erkrath		430	701	618
Haan	2 838	340	552	488
Heiligenhaus		231	376	332
Hilden	4 386	620	1 008	891
Langenfeld (Rhld.)	5 999	693	1 127	996
Mettmann		320	521	460
Monheim am Rhein	46 489	1 848	3 005	2 656
Ratingen	8 509	1 105	1 797	1 588
Velbert		776	1 267	
Wülfrath		169	274	242

RWI

noch Tabelle A1

Stadt/Gemeinde	Solidaritäts- umlage ¹	Variante A ²	Variante B ³	Variante C ⁴
<i>Rhein-Kreis Neuss</i>				
Dormagen		514	838	739
Grevenbroich	1 390	600	976	863
Jüchen		161	263	232
Kaarst		316	514	454
Korschenbroich		218	355	
Meerbusch	2 337	503	818	723
Neuss	1 602	1 658	2 696	2 383
Rommerskirchen		82	133	118
<i>Kreis Viersen</i>				
Brüggen		124	202	178
Grefrath		104	170	150
Kempen	199	297	483	427
Nettetal		348	567	500
Niederkrüchten		102	167	147
Schwalmtal		146	238	209
Tönisvorst		219	357	315
Viersen		738	1 207	1 061
Willich	922	430	699	618

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Tabelle A1

Stadt/Gemeinde	Solidaritäts- umlage ¹	Variante A ²	Variante B ³	Variante C ⁴
<i>Kreis Wesel</i>				
Alpen	2 071	150	244	216
Dinslaken		603	986	866
Hamminkeln		187	305	269
Hünxe		97	158	140
Kamp-Lintfort		357	585	513
Moers		981	1 605	
Neukirchen-Vluyn		212	346	304
Rheinberg		251	409	361
Schermbeck		105	172	151
Sonsbeck		66	108	95
Voerde		312	511	449
Wesel		607	993	872
Xanten		150	245	216
<i>Städteregion Aachen</i>				
Aachen		2 686	4 383	3 860
Alsdorf		441	723	634
Baesweiler		216	354	311
Eschweiler		535	875	769
Herzogenrath		400	655	575
Monschau		88	143	
Roetgen	334	61	99	88
Simmerath		106	172	152
Stolberg		552	903	
Würselen		317	517	

RWI

noch Tabelle A1

Stadt/Gemeinde	Solidaritäts- umlage ¹	Variante A ²	Variante B ³	Variante C ⁴
<i>Kreis Düren</i>				
Aldenhoven		116	190	
Düren		999	1 636	1 436
Heimbach		32	52	45
Hürtgenwald		56	92	81
Inden		50	82	73
Jülich		282	460	405
Kreuzau		123	200	177
Langerwehe		101	164	144
Linnich		102	166	146
Merzenich		71	116	102
Nideggen		70	114	
Niederzier		112	183	161
Nörvenich		73	120	
Titz		54	88	78
Vettweiß		59	97	85
<i>Rhein-Erft-Kreis</i>				
Bedburg		181	296	260
Bergheim		601	983	864
Brühl		395	644	567
Elsdorf		171	279	246
Erftstadt		396	647	570
Frechen	1 945	511	830	734
Hürth		494	804	710
Kerpen		597	974	857
Pulheim		408	664	587
Wesseling		332	540	477

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Tabelle A1

Stadt/Gemeinde	Solidaritäts- umlage ¹	Variante A ²	Variante B ³	Variante C ⁴
<i>Kreis Euskirchen</i>				
Bad Münstereifel		131	214	188
Blankenheim		66	108	95
Dahlem		31	51	45
Euskirchen		518	846	744
Hellenthal		62	101	89
Kall		85	139	122
Mechernich		204	333	293
Nettersheim		50	82	72
Schleiden		99	162	142
Weilerswilt		125	204	180
Zülpich		154	251	221
<i>Kreis Heinsberg</i>				
Erkelenz		361	588	519
Gangelt		79	129	113
Geilenkirchen		219	358	315
Heinsberg (Rld.)		358	584	514
Hückelhoven		339	555	486
Selfkant		63	104	91
Übach-Palenberg		232	379	
Waldfeucht		56	92	81
Wassenberg		135	222	194
Wegberg		213	348	306

RWI

noch Tabelle A1				
Stadt/Gemeinde	Solidaritäts- umlage ¹	Variante A ²	Variante B ³	Variante C ⁴
<i>Oberbergischer Kreis</i>				
Bergneustadt		166	272	0
Engelskirchen		165	268	0
Gummersbach		469	763	0
Hückeswagen		121	196	173
Lindlar		168	273	241
Marienheide		106	172	
Morsbach		108	176	156
Nümbrecht		126	205	
Radevormwald		197	320	283
Reichshof		158	257	227
Waldbroël		167	274	241
Wiehl	3 469	295	480	424
Wipperfürth		228	371	328
<i>Rheinisch-Bergischer Kreis</i>				
Bergisch Gladbach		1 007	1 642	1 446
Burscheid		148	242	
Kürten		144	235	
Leichlingen		204	332	293
Odenthal	280	104	169	149
Overath		204	333	294
Rösrath		205	334	295
Wermelskirchen	437	291	473	418

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Tabelle A1

Stadt/Gemeinde	Solidaritäts- umlage ¹	Variante A ²	Variante B ³	Variante C ⁴
<i>Rhein-Sieg-Kreis</i>				
Alfter		154	252	222
Bad Honnef	228	193	314	278
Bornheim		362	591	521
Eitorf		162	265	233
Hennef		380	619	546
Königswinter		306	498	439
Lohmar		224	365	322
Meckenheim	651	213	346	306
Much		106	173	153
Neunkirchen-Seelscheid		141	229	
Niederkassel		265	432	381
Rheinbach		199	323	286
Ruppichteroth		79	128	113
Sankt Augustin		471	768	676
Siegburg		398	648	572
Swisttal		125	203	179
Troisdorf		719	1 171	1 033
Wachtberg		128	208	183
Windeck		155	254	

RWI

noch Tabelle A1

Stadt/Gemeinde	Solidaritäts- umlage ¹	Variante A ²	Variante B ³	Variante C ⁴
<i>Kreis Borken</i>				
Ahaus		291	474	419
Bocholt		627	1 020	902
Borken		340	554	489
Gescher		127	208	183
Gronau	1 545	452	735	649
Heek	479	70	114	101
Heiden		54	87	77
Isselburg		79	128	113
Legden		46	75	66
Raesfeld		76	124	109
Reken		118	191	169
Rhede		134	218	193
Schöppingen		56	91	81
Stadtlohn		169	274	243
Südlohn		66	107	95
Velen		91	149	131
Vreden		180	293	259

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Tabelle A1

Stadt/Gemeinde	Solidaritäts- umlage ¹	Variante A ²	Variante B ³	Variante C ⁴
<i>Kreis Coesfeld</i>				
Ascheberg		107	174	153
Billerbeck		94	152	135
Coesfeld		293	478	422
Dülmen		349	568	501
Havixbeck		85	139	123
Lüdinghausen		183	299	264
Nordkirchen		72	118	104
Nottuln		134	219	193
Olfen		86	141	124
Rosendahl		71	115	102
Senden		149	243	214
<i>Kreis Recklinghausen</i>				
Castrop-Rauxel		749	1 228	
Datteln		333	546	
Dorsten		685	1 122	
Gladbeck		773	1 268	
Haltern am See		281	459	
Herten		604	990	
Marl		914	1 492	
Oer-Erkenschwick		263	432	
Recklinghausen		1 267	2 078	
Waltrop		251	412	

RWI

noch Tabelle A1

Stadt/Gemeinde	Solidaritäts- umlage ¹	Variante A ²	Variante B ³	Variante C ⁴
<i>Kreis Steinfurt</i>				
Altenberge	715	99	160	142
Emsdetten		285	465	410
Greven		288	470	414
Hörstel		136	222	196
Hopsten		52	85	75
Horstmar		44	71	63
Ibbenbüren		400	653	574
Ladbergen		44	72	63
Laer		45	73	65
Lengerich		178	290	256
Lienen		57	93	82
Lotte		125	203	179
Metelen		44	71	63
Mettingen		80	130	115
Neuenkirchen	559	98	159	140
Nordwalde		70	114	100
Ochtrup		155	252	222
Recke		76	125	110
Rheine		678	1 107	974
Saerbeck		59	97	85
Steinfurt		286	468	411
Tecklenburg		65	107	94
Westerkappeln		84	137	120
Wettringen		54	89	78

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Tabelle A1

Stadt/Gemeinde	Solidaritäts- umlage ¹	Variante A ²	Variante B ³	Variante C ⁴
<i>Kreis Warendorf</i>				
Ahlen		512	836	736
Beckum		314	512	451
Beelen		45	73	65
Drensteinfurt		103	169	149
Ennigerloh		150	243	215
Everswinkel	440	80	129	114
Oelde	884	250	407	360
Ostbevern		75	123	108
Sassenberg		103	168	148
Sendenhorst	170	101	164	145
Telgte		140	228	202
Wadersloh		85	138	122
Warendorf		304	496	437
<i>Kreis Gütersloh</i>				
Borgholzhausen		64	104	92
Gütersloh		909	1 478	1 306
Halle	5159	336	546	483
Harsewinkel	3321	304	494	436
Herzebrock-Clarholz	1540	162	263	232
Langenberg	203	62	101	89
Rheda-Wiedenbrück	1143	422	686	607
Rietberg	508	242	394	348
Schloß Holte-Stukenbrock	1169	230	374	330
Steinhagen	1762	221	359	317
Verl	7644	427	694	613
Versmold		159	258	228
Werther		84	137	121

RWI

noch Tabelle A1

Stadt/Gemeinde	Solidaritäts- umlage ¹	Variante A ²	Variante B ³	Variante C ⁴
<i>Kreis Herford</i>				
Bünde		383	625	551
Enger		153	249	219
Herford		683	1 114	981
Hiddenhausen		146	238	210
Kirchlengern	149	128	208	184
Löhne		329	537	
Rödinghausen	1355	117	190	168
Spenge		106	174	153
Vlotho		144	234	206
<i>Kreis Höxter</i>				
Bad Driburg		145	237	208
Beverungen		104	171	150
Borgentreich		65	107	94
Brakel		132	216	190
Höxter		234	382	336
Marienmünster		35	57	50
Nieheim		46	75	66
Steinheim		99	161	142
Warburg		187	305	268
Willebadessen		62	102	90

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Tabelle A1

Stadt/Gemeinde	Solidaritäts- umlage ¹	Variante A ²	Variante B ³	Variante C ⁴
<i>Kreis Lippe</i>				
Augustdorf		72	118	104
Bad Salzuflen		495	809	712
Barntrop		76	124	109
Blomberg	32	140	228	202
Detmold		743	1 212	1 068
Dörentrup		62	101	89
Extertal		101	165	145
Horn-Bad Meinberg		150	245	215
Kalletal		105	172	151
Lage		289	473	415
Lemgo		355	580	511
Leopoldshöhe		123	200	177
Lügde		82	134	118
Oerlinghausen		128	209	184
Schieder-Schwalenberg		67	109	96
Schlangen		68	110	97

RWI

noch Tabelle A1

Stadt/Gemeinde	Solidaritäts- umlage ¹	Variante A ²	Variante B ³	Variante C ⁴
<i>Kreis Minden-Lübbecke</i>				
Bad Oeynhausen		439	715	630
Espelkamp	1813	264	429	379
Hille		118	192	169
Hüllhorst		102	166	147
Lübbecke		238	387	342
Minden		841	1 377	
Petershagen		182	297	261
Porta Westfalica		288	468	
Preußisch Oldendorf		89	145	128
Rahden		118	193	170
Stemwede		105	171	151
<i>Kreis Paderborn</i>				
Altenbeken		63	103	90
Bad Lippspringe		135	221	194
Borchen		91	149	131
Büren		166	271	239
Delbrück		221	359	317
Hövelhof		135	220	194
Lichtenau		77	126	111
Paderborn		1 482	2 422	2 130
Salzkotten		173	282	249
Bad Wünnenberg		92	150	133

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Tabelle A1

Stadt/Gemeinde	Solidaritäts- umlage ¹	Variante A ²	Variante B ³	Variante C ⁴
<i>Ennepe-Ruhr-Kreis</i>				
Breckerfeld		61	99	88
Ennepetal	2721	364	591	523
Gevelsberg		284	463	408
Hattingen		500	817	
Herdecke		194	315	278
Schwelm		265	431	
Sprockhövel		242	394	
Wetter (Ruhr)	610	240	391	345
Witten		978	1 599	
<i>Hochsauerlandkreis</i>				
Arnsberg		697	1 138	
Bestwig		82	133	118
Brilon		228	370	327
Eslohe		67	109	96
Hallenberg		44	72	63
Marsberg		155	253	
Medebach		61	99	87
Meschede		241	392	347
Olsberg	714	141	230	203
Schmallenberg		193	315	277
Sundern		219	357	315
Winterberg		104	171	150

RWI

noch Tabelle A1				
Stadt/Gemeinde	Solidaritäts- umlage ¹	Variante A ²	Variante B ³	Variante C ⁴
<i>Märkischer Kreis</i>				
Altena		155	253	
Balve		90	146	129
Halver		149	243	
Hemer		326	533	469
Herscheid		54	89	78
Iserlohn		930	1 520	1 336
Kierspe		140	229	201
Lüdenscheid		734	1 195	1 054
Meinerzhagen	212	174	283	250
Menden		466	760	
Nachrodt-Wiblingwerde		50	81	
Neuenrade	307	99	162	143
Plettenberg	3009	310	504	445
Schalksmühle	2185	149	242	214
Werdohl		167	272	
<i>Kreis Olpe</i>				
Attendorn	3520	309	502	444
Drolshagen	430	96	157	138
Finnentrop		135	220	194
Kirchhundem	121	94	152	134
LenneStadt		215	349	308
Olpe		216	351	310
Wenden	481	146	238	210

Stellungnahme Stärkungspaktgesetz

noch Tabelle A1

Stadt/Gemeinde	Solidaritäts- umlage ¹	Variante A ²	Variante B ³	Variante C ⁴
<i>Kreis Siegen-Wittgenstein</i>				
Bad Berleburg		156	255	225
Burbach	6179	299	487	430
Erndtebrück	1185	93	151	133
Freudenberg		136	221	195
Hilchenbach	2305	189	308	272
Kreuztal	3730	380	618	546
Bad Laasphe		104	169	149
Netphen		201	326	288
Neunkirchen		122	198	175
Siegen		1 013	1 654	1 456
Wilnsdorf	657	160	260	230
<i>Kreis Soest</i>				
Anröchte		82	134	118
Bad Sassendorf		83	135	119
Ense	2529	165	268	237
Erwitte	999	150	244	215
Geseke		160	261	230
Lippetal		84	137	120
Lippstadt		617	1 007	887
Möhnesee		79	129	113
Rüthen		82	134	118
Soest		456	745	655
Warstein		202	330	291
Welver		78	128	
Werl		273	447	
Wickede (Ruhr)		92	150	132

RWI

noch Tabelle A1

Stadt/Gemeinde	Solidaritäts- umlage ¹	Variante A ²	Variante B ³	Variante C ⁴
<i>Kreis Unna</i>				
Bergkamen		483	793	694
Bönen		161	264	
Fröndenberg		171	280	246
Holzwickede		159	258	228
Kamen		410	671	589
Lünen		898	1 469	1 290
Schwerte		418	681	
Selm		225	368	
Unna		600	981	862
Werne		241	392	346

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW. ⁻¹Solidaritätsumlage nach Angaben des Innenministeriums NRW (1. Modellrechnung). ⁻²Bemessungsgrundlage: normierte Steuerkraft zuzüglich Schlüsselzuweisungen; Umlagevolumen 186,1 Mill. € (Finanzkraftumlage statt Solidaritätsumlage). ⁻³Bemessungsgrundlage: normierte Steuerkraft zuzüglich Schlüsselzuweisungen erhöht um Vorwegabzug; Umlagevolumen: 296,6 Mill. €. ⁻⁴Variante A, Stärkungspaktgemeinden befreit von der Finanzkraftumlage.